

# Container am Festplatz in Niederbrechen?

Wenn keine Hallen geschlossen werden sollen, braucht die Gemeinde einen Plan B für die Flüchtenden

Von Thorsten Kunz

**BRECHEN.** Anlässlich der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Brechen berichtete der Sprecher des Arbeitskreises Dorfentwicklung, Christof Schneider (SPD), von sehr produktiven Arbeitsrunden. Man habe zahlreiche Ideen für den Nachlass Sahl entwickelt, die aber noch vom Nachlassvollstrecker und dem Nachlassgericht daraufhin geprüft werden müssten, ob diese im Sinne des Verstorbenen seien. Bis zum Sommer erwarte man hier entscheidende Fortschritte und Ergebnisse, die dann umgehend den Gremien zur Beratung vorgelegt würden. Zum Stand bei den Liegenschaften außerhalb der Gemeinde Brechen erklärte Schneider, dass der Bürgerhof in Weilburg verkauft werden solle, während

bezüglich der Gaststätte in Haintchen alles bleiben solle, „wie es ist“. Diese werde vom derzeitigen Pächter weiter zuverlässig und erfolgreich betrieben.

## Fehlende zentrale Unterkünfte

Anschließend informierte Bürgermeister Frank Groos (parteilos) das Gremium zur Flüchtlingssituation. Auch wenn man kreisweit gut aufgestellt sei, sei sie für die Gemeinde Brechen weiterhin angespannt, da man zu den Gemeinden gehöre, die wegen fehlender zentraler Unterkünfte bislang unterdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufgenommen haben. „Über 100 Flüchtlinge hat das Bürgermeisterbüro mit viel Einsatz bereits dezentral untergebracht beziehungsweise in Wohnungen vermittelt; und wir haben noch ein

paar wenige Optionen“, meinte Groos. Dennoch sei ein Plan B notwendig. Dazu werde an einem Randbereich des Festplatzes in Niederbrechen eine Container-Lösung verfolgt (für 20, 40 oder 60 Personen), in die man zunächst investieren müsse, ehe man für die dann vorhandenen Plätze Zuweisungen erhalte. „Wir brauchen diese Kapazitäten, wenn wir keine Hallen dafür schließen wollen.“

## Kommunalaufsicht verweigerte Genehmigung

Darüber hinaus mussten sich die Gemeindevertreter noch einmal mit dem bereits am 2. Oktober im Gemeindevorstand und am 28. November in der Versammlung beschlossenen Haushaltsentwurf 2024 befassen. Diesem hatte die Kommunalaufsicht die Genehmigung verwei-

gert. Hintergrund: Planungsdaten für den kommunalen Finanzausgleich wurden durch das Hessische Ministerium der Finanzen erst am 30.10.2023 und damit verspätet an die Kommunen übermittelt, weshalb diese Planungsdaten in der Haushaltsaufstellung nicht berücksichtigt wurden. Aus den Planungsdaten ergaben sich aber Änderungen bei der Kreisumlage (207.000 Euro mehr zu zahlen), der Schulumlage (262.000 Euro weniger zu zahlen) und der Schlüsselzuweisung (112.000 Euro weniger Zuwendungen), wodurch die Gemeinde mit rund 57.000 Euro weniger Kapital statt mit einem Plus im ordentlichen Ergebnishaushalt von 2100 Euro mit einem Verlust von 54.683,50 Euro abgeschlossen hätte. Das ist jedoch nicht zulässig. Der Fehlbetrag musste nun gedeckt wer-

den. Zudem musste der Haushaltsplan nochmals die beiden Gremien durchlaufen. „Ich hätte mir und uns das gerne erspart“, erklärte dazu der Bürgermeister, „das ist nicht schön, aber auch kein Drama. Da wir mit unseren Haushaltsplanungen immer recht früh an sind, ist das leider auch immer mit gewissen Unsicherheiten verbunden.“ Um den Haushalt wieder „gerade“ zu rücken, beschloss die Gemeindevertretung, die Maßnahme „Bau der Fahrbahnschwelle Brücke Jahnstraße“ (700 Euro) sowie die Regenerierung des Brunnens Werschau (50.000 Euro) ins nächste Jahr zu schieben. Sollte wider Erwarten dringender Bedarf bestehen, könnten die Wartungsarbeiten für den Brunnen über einen Nachtragshaushalt aber auch noch in diesem Jahr realisiert werden.